

Ulla Jelpke

- (A) *Rechtsextremismus entnehmen kann, durchgängig sehr dürftig. Die meisten Antifa-Gruppen sind hier offensichtlich besser informiert.*

*Die Linke bleibt daher dabei: Die Spitzel des Verfassungsschutzes müssen sofort aus allen Gremien der NPD abgezogen werden. Sie tragen nichts zur Aufklärung bei, sondern sind allzu oft staatlich bezahlte Nazihetzer und Kriminelle. Statt des Verfassungsschutzes sollte eine aus öffentlichen Mitteln finanzierte unabhängige Beobachtungsstelle für Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus geschaffen werden.*

**Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Jeder siebte NPD-Funktionär steht auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes! Das wurde im Zusammenhang mit dem gescheiterten Verbotsantrag im Jahr 2003 bekannt. Auch heute noch arbeiten viele Spitzel zugleich für NPD und Verfassungsschutz – und kassieren oft doppelt. Diese Strategie erwies sich vielfach als kontraproduktiv. Es gibt etliche absurde und peinliche Beispiele, wie Nazispitzel den Verfassungsschutz gezielt an der Nase herumgeführt haben. Trotz jahrelanger Zusammenarbeit mit V-Leuten gelang es den staatlichen Stellen nicht, die NPD nachhaltig zu schwächen und ihren Einfluss zurückzudrängen. Im Gegenteil: V-Leute in der Parteiführung garantieren der NPD stetige Subventionen und sind überdies der beste Schutz vor einem Verbotsverfahren. Das sieht nach einem einseitig guten Geschäft für die Nazi-partei aus.*

- (B) *Das demokratische Lager muss sich natürlich fragen: Welchen Nutzen bringt uns der Einsatz von V-Leuten in den NPD-Führungsetagen? Die Linksfraktion appelliert in ihrem Antrag pauschal: Keinen Nutzen, es ist höchste Zeit, alle V-Leute abzuschalten. Dies betrachtet sie als ersten – und ausreichenden – Schritt für ein neues, diesmal erfolgreiches Verbotsverfahren. Und das ist das wahre Ziel ihres Antrags. Seit jeher plädiert die Linke für ein schnelles NPD-Verbot als zentrale Maßnahme gegen Rechtsextremismus. Wir wissen jedoch, dass ein NPD-Verbot die rechtsextreme Ideologie im Denken vieler Menschen nicht ändert. Im Gegenteil, es gäbe vielleicht sogar noch eine Art Märtyrerbonus für Nazikader. Auch sehen wir die sehr reale Gefahr, dass sich nach einem Verbot aktive NPD-Truppenteile unter anderem Namen neu formieren oder aus dem Untergrund weiteragieren würden. Darüber muss die Politik sich Gedanken machen, bevor sie symbolträchtig nach Repressionen ruft. Denn selbst wenn die NPD verboten würde, ihre Wählerinnen und Wähler können wir nicht verbieten oder wegsperrern. Sie leben weiter in unserem Land, für das wir Verantwortung tragen. Die zentrale Frage angesichts des wachsenden Rechtsextremismus lautet deshalb für mich: Warum erreicht aktuell die demokratische Politik so viele Menschen nicht mehr, und wie können wir das ändern? Diese Fragestellung lässt der Antrag der Linksfraktion leider außen vor.*

*Im Vordergrund der politischen Debatte sollte die Bekämpfung des grundlegenden Problems stehen, nicht das Verbot einer daraus erwachsenen Struktur. Dieses Problem besteht in der rassistischen, antisemitischen und*

*neofaschistischen Haltung vieler Bürgerinnen und Bürger. Die Verdrängung der NPD in die Illegalität würde die Ultrarechten zweifellos strukturell schwächen. Auf Nazi-ideologie und rechtsextreme Gewalt wäre sie jedoch keine geeignete Antwort. Auch müsste man mit der Bildung von Nachfolgeorganisationen rechnen. Ein Argument für ein Verbotsverfahren – und im Vorfeld für den zwingenden Verzicht auf Informanten – ist die staatliche Parteienfinanzierung. Mich ärgert es sehr, dass die NPD davon profitiert. Die Lösung dieses Problems liegt jedoch nicht in einem Parteiverbot, sondern in der Förderung der Zivilgesellschaft, damit die NPD gar nicht erst gewählt wird. Starkes Demokratiebewusstsein kann rechtsextremen Parteien die Basis für ihre menschenverachtende Politik entziehen. Demokratische Strukturen entstehen aber nicht durch Verbote! Wir müssen sie langfristig und quer durch alle Parteien und Gesellschaftsschichten entwickeln.*

*Diesen Ansatz vermisse ich im Antrag der Linksfraktion. Stattdessen erhebt er die gern gehörte, symbolpolitische Forderung nach einem NPD-Verbot. „Symbolpolitisch“ nenne ich sie, weil die V-Leute dabei als scheinbar einziges Hindernis für ein Verbot instrumentalisiert werden. Die Linksfraktion legt nahe, dass einzig die Informanten die Zerschlagung der Nazistrukturen verhindern würden. Dies ist weder sachlich richtig noch zielführend. Selbstverständlich verurteilen auch wir die Missstände bei der Überwachung der NPD durch den Verfassungsschutz. Angesichts öffentlicher Skandale sind Skepsis und Wachsamkeit durchaus angebracht. Es ist höchst bedauerlich, wie stümperhaft und lasch offenbar gewisse Überwachungen durchgeführt wurden. Wir fordern den Verfassungsschutz auf, professioneller zu agieren und Informanten besser auf ihre Eignung zu prüfen. Es ist abzuschern, dass staatliche Behörden nicht Straftaten billigend in Kauf nehmen oder gar unterstützen. Eine Überwachung, die das Selbstbewusstsein agierender Nazis und die Gefahren durch die NPD nur weiter erhöht, verfehlt ihr Ziel in fataler Weise.*

*Sollen wir also sofort alle V-Leute abschalten, wie die Linke vorschlägt? Unsere Antwort lautet: Nein. Das wäre nicht realisierbar. Der Staat ist auf Informationen aus dem NPD-Umfeld angewiesen und zudem verpflichtet, aus Schutzgründen die Anonymität der V-Leute zu wahren. Das heißt jedoch nicht, alles könne weiterlaufen wie bisher. Die Überwachung muss viel professioneller gestaltet werden. Die zuständigen Gremien auf Bund- und Länderebene haben ihre Kontrollfunktion gewissenhafter und konsequenter auszuüben. Erkenntnisse des Verfassungsschutzes müssen kooperativ ausgewertet und sinnvoll genutzt werden. Leider hat aber die Innenministerkonferenz großen Nachbesserungsbedarf aufgezeigt. Mit Steuermitteln gewonnene Informationen wurden zurückgehalten. Politikerinnen und Politiker griffen einander öffentlich an. Von einer abgestimmten Strategie war nichts zu hören.*

*Ohne Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte werden wir aber scheitern. Das gilt für Repression wie für Prävention! In unserem Land finden fast ständig irgendwo Wahlen statt. Lassen Sie uns mit starken Bündnissen und präventiven Mitteln dafür sorgen, dass die NPD*

Monika Lazar

- (A) *dabei auf der Verliererseite steht. Dann erübrigt sich die Debatte um V-Leute und Verbotsverfahren.*

**Gert Winkelmeier** (fraktionslos):

*Vorab erst einmal ein ernst gemeinter Dank an die Fraktion der FDP: Die Kleine Anfrage von Anfang Mai dieses Jahres korrespondiert hervorragend mit dem hier zu debattierenden Antrag meiner Partei, der Linken. Sie spült viel Wasser auf die Mühlen derjenigen Demokraten, denen es ein dringendes Bedürfnis ist, der NPD das – derzeit noch vom Staat zwangsläufig mitfinanzierte – Handwerk zu legen. Die „Antwort“ der Bundesregierung scheint hingegen vermeintlich gesetzlich gestützte Staudämme errichten zu wollen. Sie ist schlicht eine Frechheit. Nur wird diese Nicht-Antwort das Gegenteil bewirken: Derart substanzlose Mauer-Versuche werden unweigerlich durch die zu erwartenden Gegenströmungen zu Fall kommen. Auch nicht gegebene Antworten sind interpretierbare Aussagen. Ende des Jahres 2006, als meine Partei eine ähnliche Anfrage stellte, war die Bundesregierung noch ein klein wenig beredter.*

*Mich freut es, dass die FDP in Belangen der Bürgerrechte immer häufiger zu ihren Wurzeln zurückfindet und – in schier endlosen Zeiten der Opposition – hier wieder ein halbwegs verlässlicher Partner werden kann. Das war – im Protokoll bitte fett unterstreichen! – alles andere als ein Koalitionsangebot.*

- (B) *Dieses Land braucht eine neue Bürgerbewegung: Otto-Kataloge und Schäuble 2.0 schreien förmlich nach Opposition. Zu diesem zivilgesellschaftlichen Engagement zählt zwingend das Aufbegehren gegen rechtsextremistische Tendenzen, die sich immer mehr in die Mitte unserer Gesellschaft ausbreiten. Alle demokratisch denkenden Menschen in Deutschland sollten denen auf die Füße treten, wenn sie mit rassistischen und menschenfeindlichen Parolen der NPD und der ihr anhängenden Kameradschaften und Zusammenschlüssen konfrontiert werden.*

*Wir brauchen den zivilen Widerstand – die Gesinnung. Aber wir benötigen auch den Widerstand der Politik und der Gesetze. Das Bundesverfassungsgericht hat Vorgaben für ein Verbot der NPD formuliert. Die Linke – und jetzt auch die FDP – haben dem auf den Zahn gefühlt. Es könnte so einfach sein! Und hier benenne ich auch einen sicherlich nicht ausschlaggebenden Kritikpunkt an dem Antrag meiner Partei: Der Antrag fordert, alle Spitzel aus der NPD abzuziehen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hingegen spricht von den Führungsstrukturen als Hindernis für ein neues Verbotsverfahren. Vielleicht ließe sich ja an dieser Stelle ein Kompromiss finden. Dies böte sich, nach Lektüre des Urteils von 2003, an.*

*Es geht um das Ziel: Eigentlich wollen alle demokratisch gesinnten Menschen in dieser Republik, dass den Volksverhetzern der Rechten Mittel und Wege entzogen werden, ihre Ideen zu verbreiten. Genau aus diesem Grund erschließt sich mir nicht, weshalb die Union an dieser Stelle versucht, diese vermeintlichen Mauern zu ziehen.*

(C) *Allerdings überkommt mich gerade die Erinnerung ans vergangene Jahr: Es ist erschreckend und einer Demokratie unwürdig, wenn das Bundesministerium des Innern ein erneutes NPD-Verbotsverfahren ablehnt, obwohl es die Partei als „verfassungsfeindlich“ einschätzt. Es ist zynisch, die NPD als „antidemokratisch“ und „antisemitisch“ einzustufen, sie aber nicht verbieten zu wollen, weil man die rechtsextremistische Partei dann nicht mehr mit „nachrichtendienstlichen Mitteln“ beobachten lassen könne.*

*Im Klartext heißt dies: Innenminister Schäuble und sein treuer Adjutant, Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach, wollen einer verfassungsfeindlichen Partei das Parteien-Privileg gewähren, um diese weiter durch den Verfassungsschutz beobachten zu können. Das ist eine absurde und gefährliche Denkstruktur.*

*Das erste Verfahren ist 2003 zu Recht daran gescheitert, dass sich kaum noch unterscheiden ließ, ob die NPD von V-Männern oder ihren eigenen Leuten geführt wird. Es geht also bei einem neuerlichen Anlauf darum, die Leute des Verfassungsschutzes an verantwortlicher Stelle im NPD-Parteiapparat abzuschalten. Dann hätte ein Verbotsverfahren gegen die rechtsextremistische Partei gute Chancen auf Erfolg.*

*Es darf nicht sein, dass der allumfassende Beobachtungswahn des Dr. Wolfgang Schäuble und seines Ministeriums dazu führt, dass eine verfassungsfeindliche Partei weiterhin mit öffentlichen Geldern ihr Unwesen treiben kann.*

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

(D) *Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 16/9007 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.*

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 26 auf:

Zweite Beratung und Schlussabstimmung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. September 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich**

– Drucksache 16/9039 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (4. Ausschuss)

– Drucksache 16/9343 –

Berichterstattung:  
Abgeordnete Ralf Göbel  
Michael Hartmann (Wackernheim)  
Gisela Piltz  
Ulla Jelpke  
Wolfgang Wieland

Wie in der Tagesordnung ausgewiesen, werden die **Reden zu Protokoll gegeben**. Es handelt sich um die